

Auftragstaktik

Objektyp: **Preface**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische
Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **168 (2002)**

Heft 7

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

<http://www.e-periodica.ch>

Auftragstaktik

Die politische Diskussion um die Armeereform war nicht immer stufengemäss. Die strategische Stufe (Parlament) interessierte sich allzustark für Fragen der operativen Ebene (CVBS und Armeeführung).

Dafür blieben wesentliche politische Fragen unbeantwortet. Diese hätten aber bereits in der Phase der Vernehmlassung entschieden werden müssen.

Um welche Fragen handelt es sich?

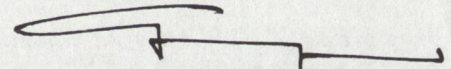
- Entspricht die Doktrin den Bedürfnissen?
- Ist die geplante Milizarmee verfassungsmässig?
- Wird die neue Armee noch im Volk verankert sein?
- Genügen die vorgeschlagenen Mittel, um die strategischen Aufträge zu erfüllen?

Wenn die Politiker diese Fragen bejahen, setzt die operative Stufe das dann um. Man darf der Armeeführung durchaus zumuten, die Länge

der Rekrutenschule zu berechnen oder die Grösse von Truppenkörpern festzulegen.

Die Politik gibt die Ziele, den Rahmen bekannt. Die operative Stufe findet dann den Weg, die Ziele zu erreichen. Das nennen wir in der militärischen Führungslehre **Auftragstaktik**. Die schlechtere Form wäre die **Befehlstaktik**. Hier sagt die Politik, was sie will. Und dann auch noch gleich, wie man es macht.

Die Armeereform ist ein komplexes Projekt. Deshalb ist es bei der Umsetzung von entscheidender Bedeutung, dass die Kompetenzen der verschiedenen Stufen respektiert werden.



Louis Geiger, Chefredaktor

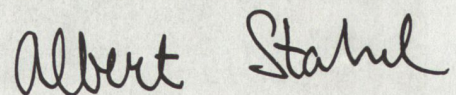
Afghanistan benötigt unsere Hilfe!

Nach dem offiziellen Ende der Operation Enduring Freedom befindet sich Afghanistan innenpolitisch beinahe in der gleichen Lage wie nach dem Sturz des kommunistischen Präsidenten Najibullah 1992. Das Land und seine zerstörte Infrastruktur müssen wieder aufgebaut werden. In Kabul ist wohl eine Regierung eingerichtet worden, aber Afghanistan benötigt für den Wiederaufbau die Unterstützung aller Staaten; auch jene der Schweiz. Zu den Sofortmassnahmen der Hilfe gehört die Lieferung von dringend benötigten Apparaturen an die Spitäler, aber auch Bücher und Computer für den Lehrbetrieb der Universitäten fehlen. Die ersten Schritte zur Hilfe hat die Universität Zürich bereits eingeleitet. Des Weiteren könnte die Schweiz mit ihrer Armee einen dringenden Beitrag zum Wiederaufbau des zerstörten Strassennetzes, einschliesslich der Brücken, leisten.

Die Rückführung der Flüchtlinge – vermutlich über fünf Millionen – ist für das Verhindern von Problemen mit der daheimgebliebenen Bevölkerung nur durch die Aufstellung von Wohncontainern möglich. Der Minister für das Flüchtlingswesen wäre auch dankbar, wenn unser Finanzminister ihm einen finanziellen Beitrag zur Entlohnung seiner

Verwaltung leisten könnte. Die Voraussetzung, dass solche Massnahmen eine Wirkung erbringen, ist neben der Einrichtung eines Bankenwesens gemäss dem Schweizer Vorbild der Aufbau einer diplomatischen Vertretung der Schweiz in Kabul. Eine Sofortmassnahme wäre die Einrichtung eines Konsulats. Die notwendige Infrastruktur dazu kann problemlos organisiert werden.

Afghanistan benötigt unsere Hilfe. Was aber für Afghanistan nicht zweckmässig ist, ist die Einmischung anderer Staaten in seine Politik und Kultur. Die Einmischungen der vergangenen Jahrzehnte haben zu Bürgerkriegen geführt und dadurch die Zerstörung des Landes verursacht. Mit dem Beitrag über Afghanistan in dieser Nummer, wie auch mit dem Beiheft, hoffen wir das Verständnis für die Hilfe an dieses zerstörte Land und seine Bevölkerung zu wecken.

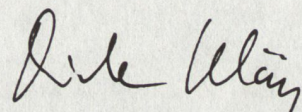


Prof. Dr. Albert A. Stahel, stv. Chefredaktor

VBS hat Sparauftrag erfüllt

Für die Landesverteidigung werden heute noch 9% des Bundeshaushaltes ausgegeben. 1970 waren es 22%, 1990 noch 16%. 2002 hat der Bundesrat weniger Rüstungskäufe denn je beantragt. 674 Millionen soll das Parlament für Rüstungsvorhaben bewilligen. Das sind rund 300 Millionen weniger als im Vorjahr. Zwischen 1989 und 2001 sind Rüstungskredite jeweils in doppelter Höhe gesprochen worden. Die Armee hat sich zwar in den vergangenen Jahren verkleinert, doch die Kosten für die Landesverteidigung können nicht mehr beliebig gesenkt werden. Mit der Armee XXI entschliessen wir uns für verkleinerte, aber modernisierte Streitkräfte, die eine entsprechend moderne Ausrüstung verlangen. Dazu gehören jene Finanzen, die für die Erfüllung der in Verfassung und Gesetz definierten Aufträge benötigt werden. Die Sparopfer des Departementes für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und

Sport (VBS) haben viel zur Verbesserung der Finanzlage des Bundes beigetragen. Zur Frage der Armeefinzen und der inneren Sicherheit nimmt Bundespräsident Kaspar Villiger im Gespräch mit der ASMZ Stellung. Seiner Ansicht nach verliert die Armee ihre Glaubwürdigkeit, wenn die Kosten weiterhin gesenkt werden. Wir nehmen Bundespräsident Villiger beim Wort und wünschen Ihnen, liebe Leserinnen und Leser, kurzweilige Lektüre.



Dr. Dieter Kläy, stv. Chefredaktor